

URGENT ACTION

„ALLIGATOR ALCATRAZ“ FÜR IMMER SCHLIESSEN!

USA

UA-Nr: UA-070/2025-1 AI-Index: AMR 51/1108/2026 Datum: 5. Juni 2026 – as

MIGRANT*INNEN UND FLÜCHTLINGE IN DEN USA

Im Juli 2025 wurde in den Everglades im US-Bundesstaat Florida ein Abschiebegefängnis namens „Alligator Alcatraz“ für Migrant*innen und Asylsuchende eröffnet. Die Einrichtung dient der gezielten und systematischen Entmenschlichung und Misshandlung: Es herrschen grausame und erniedrigende Bedingungen, darunter überlaufende Toilettenabflüsse, Fesselungen, die Verweigerung medizinischer Versorgung, Schlafentzug sowie Bestrafungspraktiken, die Folter darstellen. Der Gouverneur von Florida hat kürzlich angekündigt, die Einrichtung schließen zu wollen, aber die US-Regierung besteht darauf, dass sie geöffnet bleibt.

Das als „Alligator Alcatraz“ bekannte Abschiebegefängnis für Migrant*innen und Asylsuchende in den Everglades in Florida muss unverzüglich geschlossen werden!

Recherchen von Amnesty International haben ergeben, dass Menschen, die dort willkürlich inhaftiert sind, unter unmenschlichen und unhygienischen Bedingungen leben. Dazu gehören überlaufende Toiletten, aus denen Fäkalien in die Schlafbereiche sickern, ein eingeschränkter Zugang zu Duschen, fehlender Schutz vor Insekten, eine rund um die Uhr eingeschaltete Beleuchtung, minderwertiges Essen und schlechtes Wasser sowie ein Mangel an Privatsphäre, unter anderem durch direkt über den Toiletten angebrachte Kameras. Befragte berichteten, dass der Zugang zu medizinischer Versorgung unregelmäßig oder unzureichend sei oder gänzlich verweigert werde, wodurch die Betroffenen in Gefahr sind – sowohl im Hinblick auf ihre körperliche als auch ihre psychische Gesundheit. Zudem würden Inhaftierte stets in Fesseln gelegt, sobald sie ihre käfigartigen Zellen verlassen. Andere Misshandlungen, denen die Inhaftierten ausgesetzt waren, kommen Folter gleich; dazu gehört unter anderem das Einsperren in die sogenannte „Box“ – eine winzige Gitterkonstruktion, in die Menschen zur Bestrafung gesteckt werden. Dabei sind sie schutzlos den Witterungsbedingungen ausgesetzt, oft über Stunden hinweg und nahezu ohne Wasser, während ihre Hände und Füße über spezielle Vorrichtungen am Boden fixiert sind.

Die Inhaftierung von Migrant*innen und Flüchtlingen ist grausam, unnötig und von Menschenrechtsverstößen gekennzeichnet. Die gewollte Grausamkeit dieser Einrichtung soll erreichen, dass Schutzsuchende und Migrant*innen kriminalisiert und in Angst und Schrecken versetzt werden.

„Alligator Alcatraz“ ist eine menschenrechtliche Katastrophe. Der Gouverneur hat die Macht und die Verantwortung, das Leben und die Würde der Menschen in Florida zu schützen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Das auch als „Alligator Alcatraz“ bekannte Abschiebegefängnis wurde im Juli 2025 mit einer Kapazität für rund 3.000 Personen eröffnet. Die Anlage befindet sich in den Everglades, einem der empfindlichsten Ökosysteme Floridas. Im Mai 2026 gab es neue Berichte, denen zufolge die Einrichtung auf Anweisung des Gouverneurs von Florida, Ron DeSantis, im Juni oder Juli desselben Jahres geschlossen werden sollte. Angehörige der Bundesbehörden widersprachen dieser Ankündigung umgehend und erklärten, die Einrichtung werde geöffnet bleiben.

„Alligator Alcatraz“ ist die erste Hafteinrichtung für Migrant*innen in den USA, die von einem Bundesstaat betrieben wird. Die Einrichtung unterliegt folglich keinerlei Aufsicht durch die Bundesbehörden. Sie ist zudem

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.
Urgent Actions
Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin
T: +49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . SozialBank AG
IBAN: DE 233 702050 0000 8090100 . BIC: BFS WDE 33XXX .

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



nicht in die Systeme oder Datenbanken der US-Einwanderungsbehörde ICE integriert. Das Fehlen von Registrierungs- oder Nachverfolgungssystemen für die in „Alligator Alcatraz“ Inhaftierten begünstigt eine Haft ohne Kontakt zur Außenwelt und kommt dem Verschwindenlassen gleich, wenn die Angehörigen keine Informationen zum Aufenthaltsort einer inhaftierten Person erhalten und dieser der Kontakt zu einem Rechtsbeistand verwehrt wird. Für die dort Inhaftierten ist der Zugang zu einem Rechtsbeistand und einem ordnungsgemäßen Verfahren mit erheblichen Hürden verbunden.

Florida hat zwar eine Kostenerstattung aus den neuen Mitteln des Heimatschutzministeriums für Maßnahmen zur Durchsetzung der Einwanderungsgesetze erwartet, aber bisher keine Erstattung erhalten und wird diese auch künftig nicht bekommen. „Alligator Alcatraz“ schafft zudem einen gefährlichen Präzedenzfall, wie Bundesstaaten mit der US-Regierung zusammenarbeiten können, um noch mehr Masseninhaftierungen und -abschiebungen zu ermöglichen. Auch der Bundesstaat Florida hat Gesetze erlassen, die Migration kriminalisieren und diskriminierende Personenkontrollen (*Racial Profiling*) erlauben.

SCHREIBEN SIE BITTE

FAXE, LUFTPOSTBRIEFE ODER E-MAILS MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Die Bedingungen im Abschiebegefängnis „Alligator Alcatraz“ in den Everglades sind unmenschlich und lebensgefährlich. Bitte sorgen Sie dafür, dass diese Hafteinrichtung umgehend geschlossen wird und die Behörden des Bundesstaats Florida sich nicht an Menschenrechtsverletzungen beteiligen.
- Sorgen Sie dafür, dass die dort inhaftierten Personen wieder in ihre Wohnorte zurückkehren können, um ihre Einwanderungsangelegenheiten dort mit anwaltlicher Unterstützung und in Freiheit regeln zu können.
- Ich fordere Sie dringend auf, Gesetze zur Kriminalisierung von Migrant*innen in Florida abzuschaffen und dafür zu sorgen, dass der Bundesstaat den Masseninhaftierungen und -abschiebungen von Präsident Trump keinen Vorschub leistet.

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

GOVERNEUR VON FLORIDA

Ron DeSantis
State of Florida
The Capitol
400 S. Monroe St.
Tallahassee, FL 32399, USA
(Anrede: Dear Governor DeSantis /
Sehr geehrter Herr Gouverneur)

E-Mail: GovernorRon.Desantis@eog.myflorida.com

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

Herrn Alan D. Meltzer, Geschäftsträger a.i.
Clayallee 170
14195 Berlin
Fax: 030-83 05 10 50
E-Mail: BerlinPCO@state.gov

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch. Wir bitten Sie, nach dem **31. August 2026** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-070/2025** (AMR 51/0135/2025, 23. Juli 2025)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- The Everglades Detention Center („Alligator Alcatraz“) is inhumane, irresponsible, and life-threatening. I urge you to shut it down immediately and ensure that Florida is not complicit in these abuses.
- Please ensure that the individuals detained inside are released back into their communities where they can navigate their immigration cases supported by lawyers and outside of detention.
- I urge you to end Florida’s laws that criminalize its immigrant residents, and make sure that the state of Florida does not participate in President Trump’s mass incarceration and deportation machine.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Bis Dezember 2025 hatte „Alligator Alcatraz“ bereits staatliche Aufträge im Wert von mehr als 360 Millionen US-Dollar (etwa 312 Millionen Euro) vergeben; für die Zeit nach der vollständigen Inbetriebnahme wurden jährliche Kosten von rund 450 Millionen US-Dollar (etwa 390 Millionen Euro) veranschlagt. Die Mittel für Bau und Betrieb wurden auf Grundlage einer Entscheidung des Gouverneurs der Katastrophenschutzbehörde *Florida Division of Emergency Management* (FDEM) entzogen. Der Gouverneur griff dabei auf Befugnisse für Notfallmaßnahmen zurück, die üblicherweise Naturkatastrophen vorbehalten sind. Amnesty International hat dokumentiert, dass die Regierung von Florida Mittel für wichtige Sozial- und Katastrophenschutzprogramme gekürzt und gleichzeitig frei verfügbare Gelder der FDEM für die Finanzierung von Bau und Betrieb von „Alligator Alcatraz“ umgeleitet hat.

Die Inhaftierung von Migrant*innen und Flüchtlingen ist in den USA seit Langem problematisch, da sie mit Menschenrechtsverstößen und grausamen Bedingungen einhergeht. Doch die Regierung stellt weiterhin Mittel für eine Ausweitung der entsprechenden Infrastruktur bereit, ohne die Bedingungen zu verbessern. Mit Stand vom Mai 2026 befanden sich landesweit 60.000 Menschen in mehr als 100 Einrichtungen der Einwanderungs- und Zollbehörde (*Immigration and Customs Enforcement* – ICE) in Haft. Ziel der Trump-Regierung war es, im Jahr 2025 mindestens eine Million Menschen aus den USA abzuschleppen. Daher wurden Menschen verstärkt verfolgt und inhaftiert, was zu Überbelegung und einer Verschlechterung der Haftbedingungen geführt hat. 2026 gab es bereits 19 Todesfälle in ICE-Gewahrsam. 2025 starben 31 Menschen in ICE-Gewahrsam – dies war die höchste Zahl an dokumentierten Todesfällen seit Jahrzehnten.

Die Inhaftierung im Rahmen von Einwanderungsverfahren ist nur unter außergewöhnlichen Umständen zulässig. Die persönliche Freiheit jedes Einzelnen muss der Regelfall bleiben. Migrant*innen, Flüchtlinge und Asylsuchende müssen, wie jeder andere Mensch auch, von der Zugrundelegung des Rechts auf Freiheit profitieren. Folglich muss jeder Freiheitsentzug gesetzlich klar vorgeschrieben und strengstens durch einen legitimen Zweck gerechtfertigt sein, der notwendig, verhältnismäßig und nicht diskriminierend ist. Eine Inhaftierung ist nur dann angemessen, wenn die Behörden im Einzelfall nachweisen können, dass sie notwendig und im Hinblick auf das angestrebte Ziel verhältnismäßig ist, auf gesetzlich festgelegten Gründen beruht und keine wirksamen Alternativen vorhanden sind. Nach internationalen Standards werden nur wenige spezifische Zwecke als legitime Gründe für eine Inhaftierung anerkannt, darunter die Identitätsfeststellung sowie die Verhinderung des Untertauchens einer Person auf der Grundlage einer objektiven Bewertung des Fluchtrisikos.

Staaten sind verpflichtet sicherzustellen, dass die Haftbedingungen internationalen Menschenrechtsnormen und -standards entsprechen. Dazu gehört insbesondere, dass die Haftbedingungen menschenwürdig sind und die Menschenrechte der Inhaftierten geachtet werden. Dazu gehören auch der Schutz vor Folter sowie vor grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung, der Zugang zu medizinischer Versorgung und Bewegungsmöglichkeiten sowie die Möglichkeit, mit der Außenwelt zu kommunizieren, darunter mit Konsulaten, Rechtsbeiständen und Angehörigen. ICE verfügt zudem über leistungsbezogene nationale Standards für Haftzentren, die den Zugang zu Rechtsbeiständen und Telefonen, saubere und sichere Haftbedingungen, Freizeitangebote, ausgewogene Mahlzeiten sowie medizinische Versorgung vorschreiben. Es ist jedoch unklar, ob in „Alligator Alcatraz“ überhaupt irgendwelche Standards Anwendung finden.

